

Zivilflugplatz: Knauer zweifelt

Kreisentwicklungsausschuss diskutiert – Landrat: „Wer soll diese Unsummen bezahlen?“

Von unserem Redaktionsmitglied
Christian Lichtenstern

Aichach-Friedberg

Bei Landrat Christian Knauer mehren sich offensichtlich die Zweifel, dass auf dem Militärflughafen in Lechfeld in Zukunft auch Zivilmaschinen landen: „Wer soll diese Unsummen bezahlen?“ Die aktuelle Kunde aus dem Spitzengespräch der schwäbischen Politiker bei Verteidigungsminister Struck in Berlin (Militär bleibt hart, Arbeitsgruppe wird gebildet) sorgte gestern im Kreisentwicklungsausschuss eher für verstecktes Schmunzeln. Knauer: „Ich muss das nicht weiter kommentieren.“

Ganz aktuell stand gestern ein Sachstandsbericht zum Thema auf der Tagesordnung der Sitzung. Die dauerte rund vier Stunden und Landrats-Stellvertreter Matthias Stegmeir hängte sich während der Sitzung ans Telefon, um die Kollegen aktuell über den Ausgang der Beratung in der Bundeshauptstadt zu informieren. Stegmeir hatte den Augsburger Landrat Karl Vogeles am anderen Ende der Leitung, und der zeigte sich eher skeptisch. Das Militär rücke von den zusätzlichen Kosten für die munitionstechnische Sicherheit (18 Millio-

nen Euro) auf dem Fliegerhorst Lechfeld nicht ab, ließ der Augsburger Landrat wissen.

Für seinen Amtskollegen in Aichach stellte sich gestern die alte Frage nach der Finanzierung des Projekts. Allein für die erste Ausbaustufe sollen rund 34 Millionen Euro investiert werden. Schon vor Jahren sei aus dem Landkreis der Vorschlag für die zivile Mitnutzung von Lechfeld gekommen, erinnerte Knauer. Über das Ergebnis der Machbarkeitsstudie zum Flughafen zeigte er sich gestern eher enttäuscht. Er habe sich viel mehr gemeinsame Nutzungen von militärischen und zivilen Einrichtungen auf dem Flughafen erhofft: „Aber da bleibt ja eigentlich nur die Landebahn und die muss auch noch hergerichtet werden.“ Den Landkreis sieht Knauer derzeit außen vor: „Wir sind nicht Herr des Verfahrens.“

Der Landrat hat Mitte Dezember das parteiübergreifende Schreiben von Politikern aus der Region (wir berichteten) an Struck unterschrieben. Abgeordnete aus Bundestag, Landtag und dem Europäischen Parlament sowie die Landräte aus Aichach-Friedberg, Augsburg, Landsberg, Dillingen, Donau-Ries und Weilheim-Schongau forderten den Verteidigungsminister auf, die Sicherheitsbestimmungen durch eine Änderung der betrieblichen Abläufe seitens der Luftwaffe zu ändern.

Die zusätzlichen 18 Millionen Euro würden das Projekt scheitern lassen, so die Politiker in ihrem Schreiben: „Wir Repräsentanten der Region appellieren deshalb nochmals an Sie, uns entgegenzukommen.“

SPD-Kreisrat Hansjörg Krazeisen fragte sich – trotz dieses gemeinsamen Briefes – warum „sich die Schwaben permanent auseinander dividieren lassen“. Konkret sprach er den jüngsten Vorschlag des CSU-Landtagsabgeordneten Max Strehle an. Der ist auch Landrats-Stellvertreter im Landkreis Augsburg und brachte vergangene Woche den Fliegerhorst in Penzing als weitere Alternative für einen Zivil-Flughafen ins Gespräch. Das dortige Lufttransport-Geschwader (Transall) wird abgezogen, entschied vor wenigen Monaten das Verteidigungsministerium.

Ist nur Wiesheu zufrieden?

Krazeisen: „Was halten Sie davon, Herr Landrat?“ Für Knauer ein Vorschlag „eines Einzelnen, auch das werde ich nicht kommentieren“. Krazeisen glaubt übrigens, dass nur Wirtschaftsminister Otto Wiesheu mit der aktuell verfahrenen Situation zufrieden ist: „Der muss weder in Mühlhausen noch in Lechfeld Geld ausgeben ...“